

Vergangenheitsaufarbeitung in Nepal: Ein Land am Scheideweg

EINE „ANEKDOTE“ BRINGT DAS DILEMMA AUF DEN PUNKT – GIRIJA PRASAD KOIRALA, DAMALS PREMIERMINISTER, SOLL LAUT "NEPALI TIMES" 2006 ZU EINER GRUPPE MENSCHENRECHTSAKTIVISTEN GESAGT HABEN: „EINS MUSS KLAR SEIN: WICHTIG IST NUN ALLEIN DER FRIEDENSPROZESS. DIE MAOISTEN HABEN BEREITS BEDENKEN GEÄUSSERT, IHREN KADERN KÖNNTE ETWAS VORGEHALTEN WERDEN. DIE ARMEESPITZE HAT DIESELBEN BEDENKEN ANGEMELDET. ICH HABE BEIDEN GESAGT, DASS NICHTS GESCHEHEN UND KEIN FALL GEGEN SIE VERWENDET WERDEN WIRD.“

Betrachtet man die gegenwärtige Entwicklung in Nepal, zeigt sich jedoch ein anderes Bild: Die Dynamik der Menschenrechtsdebatte verläuft vielmehr parallel zu derjenigen des Friedensprozesses - und momentan kommen beide kaum vom Fleck.

Koiralas Entweder-oder-Denken wird jedoch von breiten Kreisen der politischen Elite geteilt. Sie befürchten, eine Aufarbeitung des zehnjährigen Bürgerkrieges (1996 bis 2006) könnte das Land weiter destabilisieren und ihre eigenen Reihen lichten. Unter "Frieden" verstehen sie weniger eine gesellschaftliche Transformation, welche sich der Konfliktsachen annimmt und die strukturelle Gewalt verringert, sondern vielmehr den Erhalt des Status Quo.

Dass sie staatliche Willkür zum Teil am eigenen Leib erfahren haben, spielt offenbar keine Rolle – Koirala selbst war in den sechziger und siebziger Jahren in politischer Haft und im Exil gewesen. Doch Straflosigkeit scheint seit Jahrhunderten eine unveränderliche Konstante des nepalesischen Systems zu sein.

SYSTEMATISCH MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN GEFÖRDERT

Daran hat sich seit dem demokratischen Wandel vor zwanzig Jahren nicht viel geändert. Weiterhin gilt in Nepal: Für denjenigen, der über die richtige Protektion verfügt, gelten andere Gesetze. Dies wurde in den neunziger Jahren von den Maoisten als wichtiger Grund angeführt, um den bewaffneten Kampf gegen das Regime aufzunehmen.

Wenn es jedoch um die eigenen Verbrechen geht, werden andere Massstäbe angelegt: Auch die maoistische „Peoples´ Liberation Army“ (PLA) stellt sich schützend vor die

Täter in ihren Reihen. „Als Institution“ übernimmt sie die Verantwortung für begangenes Unrecht, während die (ehemals königliche) nepalesische Armee (NA) ihr Vorgehen während des Bürgerkrieges allein mit „operativen Zwängen“ rechtfertigt. Beide beharren jedoch auf internen Strafmechanismen und behaupten, bei den Menschenrechtsverbrechen handle es sich um Einzelfälle individueller Disziplinlosigkeit.

Dass dies nicht zutrifft, ist schon mehrfach belegt worden. Die „International Crisis Group“ legt in ihrem Bericht vom Januar 2010 eine stringente Analyse vor: Beide Institutionen haben während des Bürgerkrieges systematisch Menschenrechtsverletzungen gefördert, die einen durch ideologische Rechtfertigung, die anderen durch erfolgsorientierte Anreizsysteme. Dadurch wiegten sie ihre Mitglieder im Glauben, sich für einen „höheren Zweck“ und ausserhalb aller Normen, Gesetze und UNO-Konventionen (Nepal hat fast alle wichtigen Menschenrechtsabkommen unterzeichnet) bewegen zu können.

KEIN EINZIGER FALL VON ZIVILEN BEHÖRDEN VERFOLGT

Bisher ist es sowohl der PLA als auch der NA weitgehend gelungen, diese Politik aufrechtzuerhalten: Noch immer hat kein einziger Fall strafrechtliche Konsequenzen nach sich gezogen. Dabei handelt es sich um teilweise gut dokumentierte Fälle, die von missbräuchlicher Haft über Folter bis hin zur Tötung von Zivilisten reichen. In den vergangenen Monaten wurde bezüglich einiger emblematischer Fälle internationaler Druck aufgebaut, doch gleichzeitig hat das Thema in der innernepalesischen Debatte an Dynamik verloren.

Das hat wohl damit zu tun, dass Menschenrechtsorganisationen und Opfergruppen bisher wenig erreicht haben. Die Regierung hält es nicht für nötig, zu ihren Berichten Stellung zu nehmen, selbst zu denjenigen vom Büro des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR) nicht. Den Beschwerden der Nationalen Menschenrechtskommission wird nicht nachgegangen und den Anordnungen des Obersten Gerichtshofes keine Folge geleistet.

Zwar sieht das Friedensabkommen von 2006 verschiedene Mechanismen vor, um die Straflosigkeit zu beenden und die Vergangenheit aufzuarbeiten. Weder die geplante Kommission zur Untersuchung der „Forced Disappearances“, welche die Fälle von immer noch über tausend Vermissten aufklären soll, noch die Wahrheits- und Versöhnungskommission sind bisher jedoch gebildet worden. Allerdings stellt sich auch die Frage, was Letztere in einem Klima der Straflosigkeit überhaupt ausrichten könnte.

KOMPENSATIONEN ALS POLITISCHE PROPAGANDA

In anderen Bereichen sind kleine Fortschritte zu verzeichnen. Beispielsweise sind Kriegsoffern und ihren Angehörigen von der Regierung erste Teilkompensationsleistungen ausbezahlt worden. Da jedoch ein effektives Monitoring fehlt, muss man annehmen, dass sich einige unrechtmässig bereichert haben, während tatsächliche Opferfamilien leer ausgegangen sind. Die Maoisten haben die Kompensationszahlungen sogleich als politisches Propagandainstrument genutzt, was dazu führt, dass die breite Bevölkerung solche Massnahmen weniger als Entschädigung für begangenes Unrecht wahrnimmt, sondern vielmehr als Belohnung für die vielen rasch ernannten „Märtyrerfamilien“.

Eine derartige „Politisierung“, die sich durch sämtliche Gremien und Mechanismen hindurch zieht, stellt ein grosses Hindernis für die Aufarbeitung der Vergangenheit dar. Da die Landbevölkerung kaum Zugang zu unabhängigen Informationen hat, fällt es den politischen Parteien leicht, die Dinge zu ihren Gunsten verzerrt darzustellen.

Yuba Katwal, ein von TRIAL vertretenes Opfer, während einem Interview mit Bishnu Luitel von LAFHUR, 2009. (C) ALEXANDRA BRUTSCH



DIE INTERNATIONALEN GEBER: TATEN VS. WORTE

Die einflussreichen Nachbarn, Indien mit seinem eigenen „Maoistenproblem“ und China mit seiner Tibetfrage, lehnen sich in Menschenrechtsfragen begrifflicher Weise nicht aus dem Fenster. Doch auch die internationalen Geber, deren Beiträge einen beträchtlichen Teil von Nepals Staatsetat ausmachen, nehmen zum Teil kontroverse Rollen ein. Die USA unterstützen die nepalesische Armee seit Jahren mit substanziellen Ausbildungsbeiträgen, während sie die PLA auf ihre Terrorliste gesetzt haben. Allerdings wächst seit verganginem Jahr nun auch seitens USA der Druck, sich an rechtsstaatliche Prinzipien zu halten: Die militärische Hilfe soll an klare Bedingungen geknüpft werden. Wie Grossbritannien, das ebenfalls eine historisch gewachsene militärische Verbundenheit mit Nepal pflegt, beteiligen sich auch die USA an den sporadischen öffentlichen Aufrufen der vereinten Geber zu Menschenrechtsfragen.

Aufrufe zu Rechtsstaatlichkeit kommen immer nur dann überzeugend daher, wenn ihnen Konsequenzen folgen. Das Department für Friedenserhaltende Massnahmen (DPKO) der UNO hat lange Zeit eine problematische Rolle gespielt, indem es dankbar die nepalesischen Truppenbeiträge annahm - Nepal stellt das fünftgrösste Kontingent der UNO-Friedenstruppen insgesamt -, obwohl längst bekannt war, dass sich die NA schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht hatte. Damit trug die UNO nicht nur wesentlich zur Finanzierung, zum Prestige und zur Motivation der nepalesischen



Streitkräfte bei, sondern sandte auch das Signal aus, der Leumund von Friedenssoldaten spiele keine Rolle. Bis heute ist keine wirkungsvolle Sicherheitsprüfung (vetting) geschaffen worden, die Armeeinghörige, die selber an Verbrechen beteiligt waren oder solche befehligt haben, von Friedensmissionen ausschliesst.

DER FALL BASNET

Ein Fall mit allen Ingredienzen, die ihn exemplarisch machen, ist die Ermordung von Maina Sunuwar. Das fünfzehnjährige

Mädchen war im Februar 2004 im Panchkhal-Ausbildungszentrum, das Armeeangehörige für Friedeneinsätze vorbereitet, zu Tode gefoltert worden. Durch anhaltenden Druck von Menschenrechtsorganisationen und dem OHCHR kamen die genauen Umstände von Mainas Tod ans Licht, und ihre sterblichen Überreste wurden exhumiert. Ein Teil der Verantwortlichen wurde vor ein Militärgericht gestellt und zu geringen Strafen verurteilt für die „unsachgemässe Beseitigung von Mainas Leiche“. Die Armee weigerte sich jedoch, mit Polizei und Justiz zu kooperieren, und der Untersuchungsbericht schiebt dem Opfer Mitschuld am eigenen Tod zu. Mainas Vater, der sich für die Aufklärung des Falles eingesetzt hat, ist im Oktober 2009 unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen. Das Distriktgericht Kavre erliess jedoch einen Haftbefehl gegen Major Niranjan Basnet, der daraufhin in die UNO-Friedensmission im Tschad (MINURCAT) entsandt wurde. Als das DPKO von der laufenden Untersuchung gegen ihn erfuhr, wurde er zwar repatriert, doch die Polizei unternahm nicht einmal einen Versuch, ihn bei seiner Ankunft in Nepal zu verhaften. Seither sitzt er in Gewahrsam der Armee und sagt laut der Zeitung „Repubblica“, er wolle sich einem zivilen Gerichtsverfahren unterziehen, werde jedoch von der Armee daran gehindert, da diese befürchte, dass dadurch „weitere Menschenrechtsfälle vor zivile Gerichte gezogen“ würden.

An diesem Fall könnte sich entscheiden, ob ein Paradigmenwechsel stattfindet – ob die ehemaligen Konfliktparteien weiterhin durchkommen mit ihrer Verschleierungstaktik, oder ob Basnet sich vor dem Distriktgericht Kavre verantworten muss. Dies wäre ein erster Schritt in Richtung Rechtsstaatlichkeit und für Nepal ein absolutes Novum. Mit der Repatriierung von Basnet hat das DPKO einen ersten wichtigen Schritt getan, um der NA vor Augen zu führen, dass die Anforderungen an ein Vetting ernst gemeint sind.

DEN LIPPENBEKENNTNISSEN MÜSSEN TATEN FOLGEN

Der nepalesische Friedensprozess wird immer wieder als beispielhaft angeführt, wenn es um Owership der vormaligen Kriegsparteien und unblutige Lösungen (wie die Absetzung des Königs) geht. Doch solange es dort, wo es wirklich wehtut (Integration der maoistischen Kombattanten, Ende der Straflosigkeit), bei Lippenbekenntnissen bleibt, kann das bisher Erreichte jederzeit kollabieren. Viele Konfliktursachen

sind weitgehend unbearbeitet geblieben, und mit dem Aufkommen neuer bewaffneter Gruppen sind die Vorboten einer nächsten gewaltsamen Auseinandersetzung bereits spürbar.

Um diesen Kreislauf der Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen, ist es notwendig, die Voraussetzungen für eine Vergangenheitsaufarbeitung zu schaffen: Etwa mit einer einheitlichen Opferdatenbank, die es erlaubt, die Kompensationszahlungen und den Stand der juristischen Aufarbeitung zu überwachen. Oder mit lückenloser Aufklärung der Fälle der "Verschwundenen": Ihre Angehörigen haben ein Recht darauf, endlich die Todesumstände ihrer Familienmitglieder zu erfahren und sie den Traditionen entsprechend zu bestatten.

Auch wenn es unrealistisch ist, jedes einzelne Verbrechen aufzuklären, sollten die schwerwiegendsten Fälle exemplarisch verfolgt werden, um ein klares Zeichen gegen die Straflosigkeit zu setzen. Dazu sollten spezielle Polizei- und Justizeinheiten eingesetzt und von dem in Nepal üblichen Versetzungssystem ausgenommen werden, damit sie bei missliebigen Untersuchungsergebnissen nicht einfach wegbeördert werden.

Mittelfristig kann Nepal den systematischen Missbräuchen des Sicherheitsapparates jedoch nur mit tiefgreifenden Reformen des gesamten Sicherheits- und Justizsektors begegnen. Nur dadurch kann die Eigendynamik der Straflosigkeit durchbrochen und eine demokratische Kontrolle überhaupt erst möglich werden, die für die „Garantie der Nichtwiederholung“ von entscheidender Bedeutung ist. Die mangelnde Aufarbeitung der Vergangenheit ist ein Hindernis für den Friedensprozess und eine Ursache für viele schwelende Konflikte. Wenn die politische Elite in Kathmandu zu dieser Einsicht gelangt, könnte der Friedensprozess seine Dynamik zurückerlangen und vielleicht auch wieder breitere Bevölkerungsschichten erreichen, die davon weitgehend abgekoppelt worden sind - alleingelassen mit ihren Verlusten, mit ihrer Wut und dem Gefühl, dass sich gewisse Dinge in Nepal nie ändern werden.

Lisa Ibscher arbeitet seit Januar 2008 im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes des DED als Konfliktberaterin in Nepal. Die in diesem Artikel geäusserten Meinungen sind ausschliesslich diejenigen der Autorin und müssen sich nicht mit denjenigen von TRIAL decken.